

Frankfurt ist mit seiner Kritik nicht allein

Die Metropole agiert - wieder mal - gegen das Umland. So bewerten einige die Forderung Frankfurts, Baugebiete in den Zentren zu entwickeln und nicht am Rand der Region. Andere sehen diese Konfliktlinie nicht. Von Mechthild Harting

RHEIN-MAIN. Der Wehrheimer Bürgermeister Gregor Sommer schmunzelt über den derzeitigen Schlagabtausch in der Region. "Das ist alles ein wenig hochgekocht", sagt der CDU-Politiker. Die Region müsse wachsen, aber in einem für alle erträglichen Maß. Er könne verstehen, wenn Kommunen wie Weilrod oder Grävenwiesbach auf große Neubaugebiete drängten, um mit günstigen Bodenpreisen von etwa 75 Euro je Quadratmeter Neubürger anzuwerben. Die Kommunen lägen am Rand des Ballungsraums, kämpften, um überleben zu können. Doch natürlich bedeute jeder Zuzug mehr Verkehr für das Usinger Land. Mehr Pendler aufzunehmen, "das schafft die Taunusbahn nicht". Sommer rät, zur Sachdiskussion zurückzukehren, endlich miteinander zu reden - auf "Augenhöhe", wie der Wehrheimer mit Blick auf Frankfurt anmerkt: "Wir wollen doch alle stolz sein auf die Region."

Für seinen Oberurseler Kollegen, Bürgermeister Hans-Georg Brum (SPD), steht fest: "Es gibt keine Front." Schließlich hat nicht nur Frankfurt Anstoß am vorgelegten regionalen Flächennutzungsplan genommen. Auch Offenbach, Hanau und der Main-Taunus-Kreis kritisierten die zu großzügige Politik des Planungsverbands, allen Kommunen - auch den kleinen am Rand der Region - neue Bau- und Gewerbegebiete zuzubilligen.

Als "wesentlichen Standortfaktor für die Region in der heutigen Zeit" sieht Brum vor allem die Tatsache, dass es zwischen den Städten und Gemeinden Freiräume und Grünflächen gebe. Deshalb setzten Oberursel und auch andere Umlandkommunen darauf, innerhalb der Kommunen zu wachsen statt draußen auf den grünen Wiesen. Die Lebensqualität, die hohe Wohnqualität in seiner Stadt sei für ihn maßgeblich. Oberursel habe heute knapp 44 000 Einwohner: "Das ist eine vernünftige Basis." Auch beim Gewerbe könne Oberursel keine Flächen verschenken, um den Kaufpreis wieder "hereinzuholen". Seine Stadt gehe behutsam mit der "extremen Knappheit an Boden" um. Die Bürger wollten nicht "zugebaut" werden. Jedes Vorhaben löse heute heftige Diskussionen aus.

Auch bezogen auf die Gesamtregion, müssten die Proportionen gewahrt bleiben, fordert der Sozialdemokrat. Die Zersiedlung der Landschaft sei keine Perspektive. Der Standortvorteil der Region würde ansonsten "minimiert". Die Frage, wo noch Wachstum geduldet werde, hält Brum im Übrigen nicht für einen spezifischen Konflikt dieser Region: "Das ist die Frage nach dem Fortschritt." Er könne die Interessen des Umlandes auf Wachstum ebenso nachvollziehen wie die Frankfurter Argumentation. Schließlich habe die Finanzmetropole lange zusehen müssen, wie Gewerbebetriebe und Häuslebauer ins Umland zogen. Entwicklungsziele abzustimmen, dies sei die zentrale Aufgabe, auch für die Kommunen im sogenannten ersten Speckgürtel wie Hofheim, Bad Homburg und Oberursel.

Ob er für mehr Flächen im Umland plädiert oder für mehr Arbeitsplätze in Frankfurt, ändert für den Oberurseler Bürgermeister wenig: "Wir sind als Stadt immer mittendrin." Oberursel habe 17 000 Arbeitsplätze. 4000 davon hätten Oberurseler inne; gleichzeitig weise die Statistik 16 000 Arbeitnehmer in der Stadt auf. Mithin kämen täglich 13 000 Menschen zum Arbeiten in die Stadt, während gleichzeitig 12 000 täglich hinausführen. Trotz U- und S-Bahn "spüren wir sehr stark die Verkehrsprobleme", sagt Brum und lässt offen, was es für seine Stadt bedeutet, würden weitere Neubaugebiete im Hintertaunus oder im Usinger Land entstehen.

Der Friedberger Bürgermeister Michael Keller (SPD) ist da deutlicher: Die Region braucht die Diskussion darüber, wo sie wachsen will, ansonsten gebe Politik ihren Anspruch auf, steuern zu wollen. Denn die derzeitige Planungspolitik führe dazu, dass völlig unterschiedliche Flächen auf den Markt gebracht würden: Der "jungfräuliche Rübenacker" stehe in Konkurrenz zu hochbelasteten Konversionsflächen. Denn in die vom Planungsverband genannten Zahlen für neue Wohn- und Gewerbeflächen seien die Flächen von ehemaligen Kasernen oder früheren Bahnhöfen nicht mit einberechnet.

In Friedberg, der ehemaligen Garnisonsstadt, ist die Kaserne mit 74 Hektar Flächen in diesem Sommer geräumt worden.

Doch die Kreisstadt, die anders als ihre Nachbargemeinden über keinen unmittelbaren Autobahnanschluss verfügt, erhält Keller zufolge keinen Bonus, sollte es ihr gelingen, etwa die Fläche, auf der einst eine Panzer-Tankstelle betrieben wurde, an den Investor zu bringen. Keller zufolge "kann es nicht sein, dass freie Flächen bebaut werden, solange noch Konversionsflächen vorhanden sind". Dabei lässt Keller offen, ob er mit seiner Kritik an Kommunen wie Wölfersheim denkt oder an Butzbach, die über Autobahnanschlüsse verfügen und große Flächenausweisungen beantragt haben. "Ich richte mich nicht gegen andere", sagt er, die Region lasse sich nicht in Böse und Gute einteilen. Doch wenn es der Region nicht gelinge, die Interessenkonflikte auszugleichen, wenn Regionalplanung nur aus der Addition kommunaler Wünsche bestehe, dann brauche man keinen Verbund, keinen Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main.
